Nr. 267 — Jahrgang 17

Einzelnummer 0,20 Zl.

Donnerstag, den 19. November 1931

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 11. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Die Sozialdemokraten bei Brüning

Einschreiten gegen den nationalsozialistischen Terror — Fort mit Hitlers Privatarmee — Groener verspricht Abhilfe
Severing nahm an der Unterredung teil

Berlin. Die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Abgeordneten **Wels**, Dr. **Breitscheid**, Dr. **Hilferding** und Dr. **Hertz** wurden am Dienstag abend vom Reichskanzler empfangen. Der Besprechung wohnten Reichswehrminister **Groener** und der preußische Innenminister **Severing** bei. Nach einer sozialdemokratischen parteioffiziellen Mitteilung haben die sozialdemokratischen Abgeordneten dem Reichskanzler

„anhand umfangreichen Materials den Nachweis geführt, daß von führenden Nationalsozialisten nicht nur zu Gewalttätigkeiten aufgereizt wird, sondern daß von der Privatarmee des Herrn Hitler, den SA-Formationen, auch in zahlreichen Fällen solche Gewalttätigkeiten organisiert begangen werden."

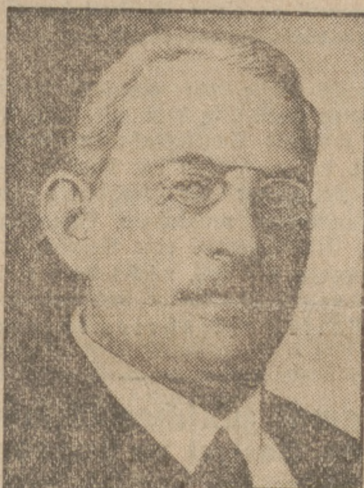
Werde nicht durch **stärkstes aktives Hervortreten der Staatsgewalt dieser Kulturschande eine Grenze** gezogen, so könne man nicht erwarten, daß die Massen des Volkes, die zur Republik stehen, **Vertrauen zur Staatsgewalt** hätten und man müsse begreifen, daß sie sich zur Selbsthilfe entschlössen. Es werde ferner eine große Beunruhigung geschaffen, die die Absicht, die Regierung zu stützen, immer mehr erschüttern müsse.

Sowohl der Reichskanzler als auch der Reichswehrminister hätten versprochen, alle zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen möglichen und aussichtsreichen Schritte zu unternehmen.

Das vorgebrachte Material soll vom Reichsinnenministerium geprüft werden.

Die Innenministerkonferenz gegen den Terror

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: In der Konferenz der Innenminister der Länder fand nach den einleitenden Ausführungen des Reichsinnenministers Dr. **Groener** eine allgemeine und eingehende Aussprache statt. Die Innenminister der einzelnen Länder gaben einen Ueberblick über die politische Situation in ihren Ländern. Die Aussprache ergab die **einmütige Auffassung** über die **Notwendigkeit, dem politischen Terror, von welcher Seite er auch kommen mag, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegen zu treten.**



Die Tschechoslowakei führt die 40 Stunden-Woche ein

Dr. Czech, der Sozialminister der Tschechoslowakei, kündigte an, daß demnächst durch Gesetzbeschluß in der Tschechoslowakei die 40-Stunden-Woche eingeführt werde, um so die bedrohlich angewachsene Zahl der Arbeitslosen zu verringern.

Pilsudski und die Internationale

Die Politik des Centrolews in neuer Beleuchtung — Was war die P. P. S.-Miliz wirklich
Keinen Anteil der P. P. S. am Maistaatsstreich

Warschau. Die Dienstagverhandlungen des Brester Prozesses beginnen mit scharfen Auseinandersetzungen zwischen Verteidigung und Staatsanwaltschaft um die **Verteidigung** des Zeugen Abg. **Arcziszewski** von der PPS., der über die Miliz und ihre Entstehung vernommen werden soll. Die Staatsanwaltschaft beschuldigt ihn des Verdachts der **Mittäterschaft** und will seine Vereidigung nicht zulassen, während die Verteidigung auf seiner **eidlichen** Vernehmung besteht. Das Gericht entscheidet schließlich, daß Arcziszewski **vereidigt** wird und sagt dann aus, daß die P. P. S.-Miliz ihm unterstellt war, die Abg. **Chondzinski** und **Dziengelewisz** nur in seinem Auftrage gehandelt haben,

Sie war keine Kampforganisation im Sinne der revolutionären Bewegung von 1903 und 1905, wo allein in Lodz 500 ihrer Mitglieder im Kampf gegen den Zarismus fielen.

Die Miliz, die hier im Centrolew-Prozeß eine Rolle spielt, ist als **Abwehrorganisation** infolge der Ueberfälle der PPS. entstanden, nachdem die Versammlungen der PPS. verhindert wurden und auf Lokale der PPS. Ueberfälle vorkamen und der staatliche Schutz ausblieb. Waffen habe die Organisation von seiten der Partei nicht besessen, sich auch an keinerlei **Terroraktionen** beteiligt, am allerwenigsten hatte die Miliz mit dem Attentat auf Pilsudski etwas zu tun. Nach verschiedenen Kreuzfragen wird im Laufe der Vernehmung durch den Zeugen Arcziszewski bestätigt, daß die PPS.-Miliz in jeder **Hinsicht legal bestanden und gehandelt** habe, sie sei auch in diesem Zusammenhang von den staatlichen Organen nie behindert worden, erst als die Brester Verhaftungen erfolgten, hat man sich auch der Parteimiliz seltsamerweise polizeilich sehr angenommen.

Abg. **Niedzialkowski** PPS. gibt als Zeuge einen umfassenden Ueberblick über die Politik des Centrolews und seiner Entstehung. Während die Piastenpartei Witos und die NPR. sich sofort nach dem Staatsstreich für die Opposition entschieden, erfolgte dies bei der PPS. erst, als die wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen erwiesen, daß der heutige Kurs zur Katastrophe führt, das Parlament beschimpft wurde und nicht zusammentreten durfte. Von den Angeklagten haben am Centrolew nur **Liebermann** und **Kiernik** teilgenommen, sonst haben nur die Führer der Sejmklubs die Verbindung unter sich unterhalten und keinerlei antistaatliche Tätigkeit entwickelt, man wollte unter Appell an das Land die politische Macht erobern und zwar im Wege der Wahlen und Polen eine neue Regierung geben.

Ueber die Beziehungen **Pilsudskis** und **Moscickis** im Unabhängigkeitskampf und insbesondere die Haltung der sozialistischen Arbeiterinternationale befragt, erklärt Niedzialkowski,

daß weder Pilsudski, noch Moscicki in der Internationale irgend eine Rolle gespielt haben,

sie waren auch **völlig unbedeutend** in der Bewegung, als daß sie hier mitzureden hätten. Polens Unabhängigkeit ist stets nur von **Diamant** und **Daszynski** auf das Forum der Internationale getragen worden. Pilsudski war einmal am sozialistischen Parteitag in Wien und habe dort der Hoffnung Ausdruck gegeben,

daß er einmal die Internationale in Warschau wird begrüßen können.

Der Angeklagte Mastek ruft dazwischen, daß Pilsudski wohl vielleicht auch „auf Wiedersehn in Warschau" ausgerufen haben mag. Schließlich bemerkt der Zeuge Niedzialkowski, daß der Kampf des Centrolews gegenüber dem heutigen Kurs zu vergleichen sei mit dem Kampf der Linken gegen den Staatspräsidenten Millerand, der schließlich auch gestürzt wurde, ohne daß dies als eine staatsfeindliche Aktion angesehen wurde.

*

Zum gestrigen Prozeßtag sind auch eine Reihe von Offizieren erschienen, die in den Gerichtssaal wollten, aber keinen Zutritt erhielten, weil sie ohne Zutrittkarten waren.

Selbstvernichtung der Marxistentöter!

Seit den Katastrophenwahlen vom September 1930, schreiten die Nationalsozialisten in Deutschland von Wahl zu Wahl vorwärts und zwar unter dem Deckmantel des „nationalen Sozialismus", gegen den internationalen Marxismus. Eine Reihe von sogenannten „nationalen Parteien glaubte bisher, in den Kampfruf des Antimarxismus einstimmen zu müssen, hat eine sogenannte „nationale" Opposition gebildet, in der Meinung, daß es so leichter gelingen wird, die Sozialdemokratie zu vernichten. Die letzten Wahlen haben bewiesen, daß das deutsche Bürgertum bereit ist, den Selbstvernichtungskampf durchzuführen und sich der nationalen Phrase zu opfern, ohne es selbst zu wollen und den sozialen Gärungsprozeß, der sich im Reich vollzieht, zu begreifen. Daß die Sozialdemokratie unter dem Ansturm von Rechts und Links, in einer Abwehrstellung, zur Erhaltung der Demokratie, die Kosten dieser Entscheidungen zu tragen haben wird, war jedem klar und dieser Prozeß sozialistischer Verluste ist noch nicht abgeschlossen, auch dann nicht, wenn man sich plötzlich entschließen sollte, die Duldungspolitik, gegenüber der Hindenburg—Brüningregierung aufzugeben, wie es neuerdings Genosse **Breitscheid** in einer seiner Reden im hessischen Wahlkampf angekündigt hat und den Bund mit den Kommunisten gegen den deutschen Faschismus in Aussicht stellte. Die Neuwähler, die eigentlich nur den deutschen Nationalismus und das letzte Aufgebot des Hitlertums erlebt haben, werden dem verschrieenen Marxismus vorerst die Gefolgschaft nicht leisten, sie müssen erst die bitteren Erfahrungen des Nationalsozialismus auskosten, wie die deutsche Nation die Siege der Ludendorf und Hindenburg auskosten mußte und die Opfer für die militärischen Siege mit dem Friedensvertrag von Versailles bezahlt hat. So wird das deutsche Volk in seiner angeblichen antimarxistischen Einstellung einen zweiten „Friedensvertrag" gegenüber Hitler und Konsorten zu begleichen haben.

Das ist zunächst ein unabwendbarer Prozeß, der nicht damit überwunden wird, indem man in der politischen Verzweiflung ein Angebot an die Kommunisten vollzieht, welches nach Lage der Weisungen von Moskau höhnisch abgewiesen wird, wenn die Kommunisten nicht selbst ihren Anhang irremachen wollen. Und gerade der Ausgang der Landtagswahlen in Hessen hat erwiesen, daß nicht nur links von der Sozialdemokratie, sondern ebenso gut rechts von den Kommunisten, ein Läuterungsprozeß vor sich geht, dessen Tragweite man heute noch nicht übersehen kann. Dadurch soll nicht gesagt werden, daß man diesen Splittergruppen eine Bedeutung beimessen soll, sondern sie müssen als Gradmesser gerade deshalb dienen, daß eine Neuorientierung der deutschen Arbeiterpolitik, im Interesse des uneingeschränkten Klassenkampfes notwendig ist, ohne aus einem Extrem der Tolerierung, eine Katastrophe des Radikalismus zu befolgen. Die hessischen Wahlen haben aber bewiesen, daß die Linke im Allgemeinen, soweit sie sich zum Klassenkampf bekennt, ihre Wählerschar halten konnte, daß aber der Zersetzungsprozeß innerhalb der Bürgertums, ausschließlich dem Rechtsradikalismus, den Nationalsozialisten zugute kommt. Die Stellung des Zentrums, welches um allein angeblich in Hessen behauptet hat, aber trotzdem mit Stimmgewinnen, Mandatsverluste zu verzeichnen hat, kann nicht als ein ruhender Pol betrachtet werden, sondern ist Zufallsergebnis, getragen vom Mittelstand, welcher noch an die „Rettungsaktion" Brünings glaubt, welche mit dem Segen Hindenburgs betreut ist.

Die Sozialdemokraten haben in Hessen etwa 40 000 Stimmen und 9 Mandate verloren, die Kommunisten, die Sozialistische Arbeiterpartei und die kommunistische Opposition gemeinsam etwa 31 000 Stimmen gewonnen und 8 Mandate erobern können, ein Mandat und etwa 9000 Stimmen sind verloren gegangen. Die bürgerlichen Parteien haben an die Hitlergruppe etwa 170 000 Stimmen und 26 Mandate abgeben müssen und das Betrübliche in dieser Situation ist, der Nationalismus um Hitler und Hugenberg ist nicht in der Lage, eine tragfähige Regierung zu bilden, wenn das Zentrum, gemäß den Aussagen Brünings, eine Koalition mit den Nationalsozialisten nicht eingehen wird. Eine Schlüsselstellung nimmt das Zentrum indessen insofern ein, daß es das Schicksal entscheidet, wer der kommende Staatspräsident in Hessen wird. Eine Regierung des Zentrums mit dem Nationalismus muß die Basis im Reich

untergraben und zu Neuwahlen führen, welche das ganze Gefüge des Reiches in Frage stellen, das um so mehr, als Deutschlands Auslandspolitik vor der schicksalsschweren Entscheidung der Verhandlungen mit Frankreich steht. Eine Anerkennung der Nationalsozialisten dürfte die schärfste Absage von Paris aus herbeiführen und eine Anerkennung der Brüningpolitik durch die Nationalsozialisten, müßte gerade Hitler zur Spaltung seiner Gefolgschaft führen. Denn Hitler hat unter letzter Anspannung seiner Wahlmaschine, die Mehrheit in Hessen nicht erreichen können und seine Anhängerschaft muß auseinanderfallen, wenn nach soviel Siegen jeder Erfolg ausbleibt. Und er muß ausbleiben, wenn Deutschland selbst der Katastrophe entgehen will.

Der Einbruch in die marxistische Front ist jedenfalls in Hessen durch die Landtagswahlen nicht erfolgt, im Gegenteil, die Marxistentöter, unter Hugenbergs Führung, haben die vernichtende Niederlage durch Hitler bei ihrer eigenen Gefolgschaft erleben müssen. Sie mögen jetzt, nachdem sie zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind, darüber nachdenken, wem die Marxistenfresserei am meisten gedient hat. Und das Organ Hitlers sagt es sehr klar voraus, daß erst das Bürgertum gänzlich vernichtet werden müsse, wenn man mit dem internationalen Marxismus abrechnen will, Freilich sollte man die Gefahr im Lager der Sozialdemokratie nicht verkennen. Aber die Erfüllungspolitik hat doch ihre Wurzel geschlagen, denn, je mehr Hitler einheimst, um so mehr drängt er sich zur legalen Macht und muß auch diese Erfüllungspolitik anerkennen, was das Ende der schamlosen Agitation gegen den Marxismus bedeuten wird. Der Höhepunkt nationalistischer Erfolge ist im Augenblick noch nicht überschritten, aber wir wenden uns der Entscheidung zu, welche zwischen dem Faschismus und dem Marxismus ausgetragen wird. Man kann heute mit Sicherheit annehmen, daß der Sieg den Marxisten zufallen wird, und es hängt ganz von der Einsicht des Bürgertums ab, in welchen Reihen es sich befinden wird. Es scheint fast, daß es sich nicht mehr erhalten kann, und wenn es die Katastrophe abwenden will, die nicht die Sozialdemokratie, sondern die Marxistentöter trifft, so muß es sich, wie 1918, an die Seite der sozialistischen Arbeiterschaft stellen. Der Kampf des Bürgertums gegen den Marxismus, hat vorerst mit seiner Selbstvernichtung geendet. Der Nationalsozialismus aber muß, trotz aller blendenden Erfolge der letzten Monate, am Marxismus scheitern, das ist die zwangsläufige Entwicklung der Verhältnisse im Deutschen Reich. —ll.

Hitler will diktieren

„Das Gesetz des Handelns bei den Nationalsozialisten".

München. Der „Völkische Beobachter" schreibt am Dienstag zum Wahlausgang in Hessen: Nicht das Zentrum habe Bedingungen zu stellen, sondern die Nationalsozialisten. Wenn es nach diesen Wahlergebnissen in Hessen jemand gebe, der die Voraussetzungen für eine politische Zusammenarbeit mit anderen bekannt zu geben das Recht habe, dann seien es die Nationalsozialisten. Auch das Zentrum werde sich dieser Einsicht auf die Dauer nicht verschließen können. Das Gesetz des Handels sei auf die Nationalsozialisten übergegangen. Nicht diejenigen, die den katastrophalen Kurs eines schiffbrüchigen Systems überlebt haben, hätten zu fordern, sondern die Nationalsozialisten.

Skandinavischer Währungsblock

Anlehnung an das englische Pfund.

Kopenhagen. Der dänische Handelsminister wird dem Folkething und dem Landthing zwei Gesetze vorlegen, von denen das eine eine Verlängerung des Gesetzes der Suspendierung der Goldeinlösung für drei weitere Monate vorsieht, gerechnet ab 1. Dezember. Das zweite Gesetz soll den dänischen Ausfuhrfirmen vorschreiben, ihre Auslandsguthaben in Kronen umzulegen. Weiter ist ein Gesetz gegen die Kapitalflucht vorgesehen. Die neuen Maßnahmen kommen einer endgültigen Koppelung der dänischen Krone an das englische Pfund gleich. Da auch in Oslo und in Stockholm die gleichen Maßnahmen vorgesehen sind, kann man gegenwärtig von einem skandinavischen Block in der Währungspolitik sprechen.



Frankreichs Ministerpräsident empfängt das deutsch-französische Wirtschaftskomitee

Beginnend mit dem dritten von links: Staatssekretär Gignoux, der Führer der französischen Delegation, Ministerialdirektor Ritter, der deutsche Botschafter v. Hoesch, Ministerpräsident Laval (×) und Staatssekretär Trendelenburg, der Führer der deutschen Delegation. — In Paris begann unter dem Vorsitz des französischen Ministerpräsidenten Laval die erste Konferenz des deutsch-französischen Wirtschaftskomitees, das die Grundlagen für eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder schaffen soll.

Hilfslosigkeit der ungarischen Diktatur

Wieder einmal Regierungskrise

Budapest. Die ungarische Innenpolitik hat wegen der Arbeitslosenhilfe eine scharfe Zuspitzung erfahren, so daß sich am Abend das Gerücht verbreitete, die Regierung Karolyi sei zurückgetreten. Da die Regierung beschlossen hat,

auch die den sozialistischen Gewerkschaften angehörenden Erwerbslosen der durch die Notstandsaktion der Regierung verteilten Unterstützung teilhaftig werden zu lassen,

wendet sich der christliche Flügel der Regierungspartei nicht nur gegen den Ministerpräsidenten, sondern auch gegen den der Partei angehörenden Wohlfahrtsminister Ernst. Am Abend drohte der christliche Flügel der Regierungspartei sogar damit, dem Minister Ernst das Mißtrauen auszusprechen. Infolgedessen verbreitete sich am Abend in politischen Kreisen die Nachricht, das Kabinett Karolyi werde zurücktreten, weil es einen Rücktritt des Ministers Ernst mit dem Gesamtrücktritt der Regierung beantworten wolle.

Um Mitternacht wurde ein amtlicher Bericht über den Ministerrat herausgegeben, in dem mitgeteilt wird, daß das Kabinett über laufende Angelegenheiten verhandelte. Auffallend ist jedoch, daß auch nach der Veröffentlichung des Berichts sämtliche Mitglieder des Kabinetts im Palais des Ministerpräsidenten weiter verhandeln. Bemerkenswert ist, daß eine Gruppe der Einheitspartei eine Geheimsitzung abhielt, in der beschlossen worden sein soll, nicht den Rücktritt des Gesamtkabinetts, sondern lediglich den Rücktritt des Volkswohlfahrtsministers zu fordern.

Straßenkampf zwischen Erwerbslosen und Polizei in London

London. Am Dienstag kam es im Londoner Stadtteil Shoreditch zu einem außerordentlich schweren Zusammenstoß zwischen Erwerbslosen und Polizei, in deren Verlauf ein Polizist und drei Demonstranten schwer und eine größere Anzahl leichter verletzt wurde. Die Erwerbslosen waren vor die Zahlstelle gezogen, um sie zu stürmen. Da die Türen verschlossen waren, warfen sie mit Steinen und zertrümmerten die Fenster, so daß bei einem weiteren Angriff die Polizei mit dem Gummiknüppel vorgehen mußte. Der Kampf dauerte über eine Stunde.

Straßenbahnerstreik in Warschau

Warschau. In der Hauptstadt Polens ruht seit Dienstag früh der Straßenbahnverkehr. In den Werkstätten der städtischen Straßenbahn fand in der Nacht zum Dienstag eine Versammlung der Straßenbahner statt, in der beschlossen wurde, die bisherigen Vermittlungsvorschläge des Magistrats in der Frage der Lohnkürzung als ungenügend abzulehnen und im Laufe des Dienstag den Streik, der am Montag schon in den Werkstätten durchgeführt worden war, auch auf das Führerpersonal auszudehnen. Sollte es dem Magistrat nicht gelingen, eine Lösung zu finden, bleibt in Warschau am heutigen Dienstag sowohl der Straßenbahn- als auch der städtische Autobusverkehr stillgelegt. Im Laufe d. Js. ist das der zweite Straßenbahnerstreik in Warschau.

Durch Vermittlung der Regierung ist inzwischen der Straßenbahnerstreik beigelegt worden.

Eine Unterredung Grandis mit Pressevertretern

Washington. Nach längerer Aussprache mit Staatssekretär Stimson gewährte Grandi Pressevertretern eine Unterredung, in der er unterstrich, daß die Wiedergenesung der Weltwirtschaft hauptsächlich durch Lösung der drei Probleme, Abrüstung, Tribute und interalliierte Kriegsschulden, zu erreichen sei. Seine Washingtoner Besprechungen würden selbstverständlich alle aktuellen, weltpolitischen Angelegenheiten umfassen. Die Beantwortung der Frage nach Italiens Einstellung zur Revision der Friedensverträge lehnte Grandi ab.

Um den deutschen Antrag

Das französische Kabinett soll entscheiden.

Paris. Der deutsche Botschafter von Hoesch setzte am Dienstag nachmittag die Besprechungen mit Finanzminister Flandin fort. Wie verlautet, sollen hierbei die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten bereinigt worden sein. Der Wortlaut des deutschen Antrages, den der Botschafter dem Finanzminister unterbreitet hat, wird an den französischen Ministerpräsidenten weitergeleitet. Laval dürfte jedoch wahrscheinlich eine Entscheidung des französischen Kabinetts herbeiführen.

Bürgerin Louise

Roman aus der französischen Revolution

von Henrik Henner

39)

„Und Sie glauben, daß sie ihn schon in der Rue Saint Honore ausfindig gemacht haben, Herr Rodeur, weil er in dieser Nacht nicht nach Louveciennes gekommen ist?" sagte nun Frau Tourlan ängstlich.

„Das ist doch nicht ausgeschlossen. Aber das will ich ja gerade feststellen, deshalb gehe ich heute, noch in dieser Nacht nach Paris, ob ich ihn noch finden und zur Flucht überreden kann. Wenn er vor Tagesgrauen Paris verläßt, wenn es ihm gelingt, unerkannt die Grenze zu erreichen, dann ist er gerettet!"

„Und Sie, Herr Rodeur?"

Auguste Rodeur lachte.

„Ich halte diesen Brief meines Freundes Aristide Poignard für einen Wink des Schicksals, das mich auf den Schauplatz der Ereignisse ruft, Frau Tourlan, das ist doch gewiß sehr einfach — und das ist alles!"

„So gehen Sie mit Gott, Herr Rodeur! Aber lassen Sie die Vorsicht nicht ganz aus dem Spiel", erwiderte jetzt die alte Frau Tourlan, „wenn Sie glauben, ihn noch retten zu können. Unsere ganze Hoffnung und alle unsere Wünsche begleiten Sie nach Paris, Herr Rodeur! — Nicht wahr, Jacqueline?"

Ein gequältes „Ja, Mutter!" rang sich als Antwort von Jacquelines Lippen.

„Aber ehe ich gehe, vielleicht für immer gehe, habe ich noch eine große Bitte", sagte jetzt Auguste Rodeur.

„Wir erfüllen Ihnen jede Bitte, Herr Rodeur, deren Erfüllung in unseren Kräften steht", antwortete Frau Tourlan schlicht.

„Ich möchte von Adrienne Abschied nehmen, Frau Tourlan", sagte jetzt Auguste Rodeur, „weil ich nicht weiß, ob ich von diesem Wege nach Louveciennes zurückkehren werde."

„Adrienne schläft!" warf Jacqueline rasch dazwischen.

„Auch so möchte ich sie einmal sehen, Jacqueline! Ich verspreche Ihnen, daß ich sie nicht wecken werde, sie nicht und das Kind nicht. Begleiten Sie mich bitte, Jacqueline."

„So erfülle doch Herrn Rodeur diesen Wunsch!"

Erst die Worte der Mutter belehrten Jacqueline, daß es wohl nicht anging, in dieser Lage Auguste Rodeur, der bereit war, sich um des Vaters willen selbst in Todesgefahr zu begeben, seinen Wunsch abzuschlagen.

So nahm sie denn einen der Marmorkandelaber, auf dem die Kerzen brannten, vom Kamin und sagte:

„Kommen Sie, Herr Rodeur!"

Sie stiegen Seite an Seite die Treppen hinauf, die zu dem Schlafgemach führte. Aber sie sprachen kein Wort miteinander und ihre Hände berührten sich nicht.

Wie Eisesschauer ging es während dieses Ganges durch den Körper Jacquelines, und es war ihr in dieser Stunde, als ob sie Welten von dem Manne schieden, nach dessen Umarmung sie noch vorhin unten im Garten gelechzt hatte. Es war ihr, als ob er schon dem Tode verfallen sei, als ob er bereits unter den Abgeschiedenen wandelte, er, der als letzten Wunsch noch einmal den Anblick der gleich ihm selber dem Tod Ueberantworteten begehrte, während das blühende Leben hier dicht an seiner Seite schritt und bereit war, sich ihm in die Arme zu werfen.

Als sie jetzt das Schlafgemach betraten, als Jacqueline mit zitternder Hand den Kandelaber mit den Kerzen hob, um Adriennes Gesicht zu beleuchten und so dem Geliebten einen letzten Blick in das Antlitz der Schwester zu ermöglichen, der, wie sie wußte, trotz allem sein ganzes Herz gehörte, regte sich Adrienne nicht.

Schwer und niedergedrückt vom Schlaf, lagen die Lider auf diesen Augen, die sie nicht mehr öffnete, und die flackernden Lichter auf dem Kandelaber schwankten in Jacquelines Hand, so daß die Glasverzierungen des Leuchters klirrend aneinanderschlugen.

Mit weit aufgerissenen Augen starrte sie die Schwester an, der sie eben noch den Mann an ihrer Seite, den um ihres Vaters willen am Ende in den Tod gehenden, nicht gegönnt hatte.

Sie brachte kein Wort über die Lippen. Entsetzen malte sich in ihren Blicken. Sie schwieg.

Und auch aus Auguste Rodeurs Munde kam lange kein Wort. Er sah und erfaßte alles in einem Moment, aber das Wort, das er doch an Jacqueline richten mußte, das fand er nicht.

Endlich trat er dicht an das Bett heran. Mit zitternden Händen berührte er die Lider derer, die die Fanny seiner Oden gewesen, die ihm wie im Tanze durch dieses Frankreich des Bluttes und der Tränen auf die Höhe der Dichtung geführt hatte. Er schloß die Lider mit sanftem Druck, dann sagte er einfach:

„Adrienne ist tot, Jacqueline! Jetzt wird mir der Abschied so leicht und der Gang nach Paris ist mir nichts weiter, als ob er ein Morgenspaziergang durch den Park von Versailles sein sollte."

* * *

Nur von dem einen Gedanken, Herrn Tourlan zu retten, beherrscht, schritt Auguste Rodeur vorwärts. Er achtete nicht des Regens, der jetzt in dichten Strömen fiel, der seinen Mantel und seine Kleider durchnäßte, so daß er bald keinen trockenen Faden mehr auf dem Leib hatte. Er wollte den Freund retten, den Vater der Familie erhalten, und wenn er das wollte, dann mußte er es ermöglichen, daß er noch ungesehen und unbemerkt in der Rue Saint Honore anlangte, bevor sich die Sonne des neuen Tages über Paris erhob.

Mit dem Regen und Sturm kämpfend, schritt Auguste Rodeur voran, stundenlang, ohne zu erlahmen, ohne sich auch nur den Gedanken an Müdigkeit und Ruhe zu gönnen

Es war totenstill in der Runde. Kein menschliches Wesen weit und breit zu sehen. Wenn er auf seinem Weg durch die Gasse eines Dorfes schritt, dann schlug hie und da ein Hund an oder ein verschlafener Hahn, krähte dann und wann in einem Hühnerstall. Das Muhen einer Kuh, das Scharren eines träumenden Pferdes drang an Auguste Rodeurs Ohren. Sonst nichts.

Vor den Toren Saint Clouds auf der Landstraße traf das Geräusch eines langsam seines Weges daherziehenden Wagens Auguste Rodeurs Ohr. Unwillkürlich drehte er sich um. Die Füße schmerzten ihn. Es war ihm mit einem Male, als ob er so nicht mehr weiter könnte.

Es war der Karren eines Milchmannes, der seine Kannen in der frühen Morgenstunde in die Hauptstadt fuhr.

Den Schlaf noch in den Augen, saß der Alte in seiner blauen Bluse auf dem Bock. Er schnalzte von Zeit zu Zeit mit der Zunge, um seine Mähre anzutreiben, die sich aber um alles nicht in Trab setzen wollte. Auf dem Kahlkopf trug er die rote Mütze der Republik, wie sie alle in diesen Tagen, denn besser war es schon besser, zumal, wenn man aus Saint Cloud kam und in Paris seine Milch an die Freunde der Freiheit verkaufen wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

9000 Hüttenarbeiter kommen auf die Straße

Realisierung des Wiener Beschlusses

Das, was in Wien beschlossen wurde, wird jetzt durchgeführt. Schon in der vorigen Woche hat die Verwaltung der Friedenshütte 2600 Arbeitern gekündigt, bezw. beim Demobilmachungskommissar den Antrag auf Abbau der Arbeiter gestellt. Nun rückt die Kattowitzer Aktiengesellschaft mit den Reduktionsanträgen heraus. Insgesamt sollen 6500 Arbeiter reduziert werden.

Ueber die Arbeiterreduktion in der Laurahütte haben wir schon gestern berichtet. 721 Arbeiter sollen dort entlassen werden. 161 Arbeiter haben die Kündigung per Post zugestellt bekommen und die Verwaltung hat außerdem einen Antrag auf Reduzierung von 274 Arbeitern beim Demobilmachungskommissar eingebracht. Weitere Anträge über Arbeiterreduzierung in der Laurahütte sind zu erwarten.

Die Silesiahütte in Paruschowitz die derselben Gesellschaft angeschlossen ist, hat den Antrag gestellt 650 Arbeiter in dem Walzwerk abbauen zu können. Auch die Verwaltung der Bismarckhütte hat einen Antrag beim Demobilmachungskommissar eingereicht und verlangt die Genehmigung zum Abbau von **1340 Arbeitern.** In demselben Hüttenwerk soll die Martinabteilung ganz stillgelegt werden. Dort sind noch 265 Arbeiter beschäftigt.

Die Verwaltung der Martahütte, die schon seit Wochen feiert, will den Rest der Arbeiter, die **431 Personen** ausmachen, gänzlich entlassen und das Werk ganz einstellen. Die Hubertushütte baut **343 Arbeiter** ab. Die Verwaltung der Falvahütte hat beantragt **1011 Arbeiter** zu entlassen, da auch diese Hütte stillgelegt werden soll.

Die Königshütte beantragt **1561 Arbeiter** zu entlassen und man spricht darüber, daß die Hütte überhaupt eingestellt werden soll.

Ueber alle diese Anträge, wird demnächst beim Demobilmachungskommissar verhandelt. Wer da auf den Demobilmachungskommissar hofft, daß er die Reduktionsanträge zurückweisen wird, der wird eine Enttäuschung erleben, denn nach den bisherigen Erfahrungen zu schließen, wird er der Massenreduktion zustimmen.

Aus der Verwaltung der Bismarckhütte sollen Dr. Kaiser, Warkotsch und Schneemilch ausscheiden.

*

Erhalten die Saisonarbeiter die Arbeitslosenunterstützung?

Der Minister für Arbeit und öffentliche Wohlfahrt hat eine Erklärung abgegeben, daß die sog. „tote Saison" aufgehoben wird und die Saisonarbeiter in den Genuß der Arbeitslosenunterstützung gelangen werden. Nach dem Gesetz vom 1. 7. 1924 haben die Saisonarbeiter, die kürzer als 10 Monate im Jahre gearbeitet haben, kein Anrecht auf die Arbeitslosenunterstützung. Als Saisonarbeiter kommen die Bauarbeiter, Ziegeleiarbeiter, Erdarbeiter, Straßenbauarbeiter u. a. in Frage, weil die Saisonarbeiten keine 10 Monate im Jahre dauern. Sie sind von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen. Der Vorstand des Arbeitslosenfonds hat sich an die Regierung mit dem Antrag gewendet, die „tote Saison" aufzuheben. Das Arbeitsministerium hat zugesagt, aber bis jetzt noch keine diesbezügliche Verordnung herausgegeben. Sie ist demnächst zu erwarten. In Frage kommen gegen 75 000 Saisonarbeiter, die nach Aufhebung der „toten Saison" die Arbeitslosenunterstützung bekommen werden. Der arbeitslose Saisonarbeiter erhält die Arbeitslosenunterstützung 10 Tage nach seiner Registrierung und zwar 6 Wochen lang ausgezahlt.

Alles für die Arbeitslosen

Wir befinden uns mitten drin in der Betteleiaktion für die Arbeitslosen. Sie ist ins Wasser gefallen, weil die Straßenbettelei und auch die sonstige Bettelei nichts mehr einbringen will. Das Volk ist erschöpft und derart mit Steuern und sonstigen Abgaben belastet, daß es nicht mehr in der Lage ist, für die Sammlungen noch besonders etwas zu opfern. Diejenigen, die Geld haben, geben nichts mehr. Sie führen lieber das Geld nach dem Ausland aus, nach der Schweiz, oder nach Holland und legen es in der Amstelbank an, weil sie sicher sein wollen. Von seiten der Besitzenden ist nichts mehr zu erwarten, denn diese haben ganz andere „Sorgen", als sich um die Arbeitslosen zu kümmern. Und doch will die Regierung, bezw. das Hilfskomitee, auf die Privathilfe nicht verzichten. Man hält immer noch an dem Standpunkt fest, daß die Arbeitslosen durch die, im Produktionsprozeß befindlichen, Arbeiter und Angestellten, erhalten werden müssen.

Nachdem die Sammlungen versagt haben, werden andere Mittel angewendet. 30 Millionen Zloty müssen zusammengebracht werden, denn soviel wurde angenommen und soviel muß auch einlaufen. Daher macht man sonstige Veranstaltungen, Gesellschaftsspiele, Lotteriespiele u. a. Der Winter rückt an, und in dieser Zeit werden Tanzvergnügen veranstaltet. Das ist schon immer so gewesen. Es ist auch nichts mehr Neues, daß man für die Arbeitslosen tanzen will. Für die Armen hat man schon vor dem Kriege getanzt, warum sollte man zur Abwechslung nicht einmal für die Arbeitslosen tanzen. Wir haben gutdenkende Dämchen, die recht gern tanzen und es auch mit den Arbeitslosen sehr gut meinen. Sie sind in verschiedenen überflüssigen Vereinen versammelt, wo sie „Wohltätigkeit" und Tratsch pflegen. Diese Vereine sind ganz christlich und weniger christlich, aber darauf kommt es nicht an, denn sie streben denselben Zielen zu.

Dämchen, die nichts zu tun haben, weil ihnen Proletariermädchen die ganze Wirtschaft besorgen und die Kinder pflegen, wollen einmal zeigen, was sie können und wie sie „nützlich" sind. Daher veranstalten sie Wohltätigkeitsvergnügen. Das kostet nichts und bringt was ein. In der schweren Zeit muß zu einem Vergnügen meistens zugezahlt werden. Es muß die Steuer bezahlt werden und die Säle kosten auch Geld. Der Besuch fällt nicht sonderlich aus, weil die Leute in Geldsorgen leben und die Tanzvergnügen fernbleiben. Wenn aber eine Propaganda entfaltet wird daß das Vergnügen zugunsten der Arbeitslosen veranstaltet wird, so zieht das. Es gibt noch viel Leute bei uns, die ein Herz für die Arbeitslosen haben und wenn sie hören, daß da für die Arbeitslosen getanzt wird, so gehen sie hin, um die Not zu „bekämpfen". So wird also schon jetzt für die Arbeitslosen lustig und fest getanzt und nicht nur getanzt, sondern noch etwas anderes, denn es wird auch noch geküßt und überhaupt alles, was „drum und dran hängt", gemacht. Bald werden auch noch Maskenbälle, zugunsten der Arbeitslosen, veranstaltet, desgleichen auch Kostümbälle, denn das gehört dazu. Die Dämchen wollen nicht nur tanzen und sich amüsieren, sondern ihre neuen Kleidchen zeigen, und die Not der Arbeitslosen bietet dazu die beste Gelegenheit.

Solcher Tanzvergnügen haben schon mehrere in Kattowitz stattgefunden und neue werden geplant. Jeder katholische Mutter- und Frauenverein will etwas für die Arbeitslosen tun. Die nationalistischen Frauenvereine wollen auch nicht zurückbleiben und so kam es, daß man jetzt um die Wette für die Arbeitslosen tanzt. Man wird so lange für die Arbeitslosen tanzen, bis die Arbeitslosigkeit verschwunden ist, weil das eben so mode ist. Die Arbeitslosen mögen sich trösten, denn die Besitzenden, die sonst für sie nichts übrig haben, schwingen für die Not und das Elend das Tanzbein. Daraus wird womöglich ein „Wassersüppchen" für die Arbeitslosen zusammengetanzt. Gewiß haben wir noch nicht gehört, was die Tänze gebracht haben, wenn aber den ganzen Winter hindurch getanzt wird, so kann angenommen werden, daß da doch einige Groschen zusammengetanzt werden.

Plenarsitzung des Schlesischen Sejms

Die nächste Plenarsitzung des Schlesischen Sejms findet am 23. nachm. um 3 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen 12 Punkte, u. a. die Neugestaltung der Kreisausschüsse, ferner die Ausdehnung des polnischen Arbeiterschutzgesetzes auf die Wojewodschaft.

Polnisch-Kurse des Deutschen Kulturbundes für Poln.-Schles.

Die Fortsetzung der beiden polnischen Sprachkurse des Deutschen Kulturbundes für Polnisch-Schlesien (Kursus 1 mit einigen Vorkenntnissen, Kursus 2 für Fortgeschrittene) beginnt neu am 19. bezw. 20. November 1931, abends 7 Uhr, im Lyzeum Zimmer 32. Es können noch einige Teilnehmer aufgenommen werden. Der Unterricht findet für den Kursus 1 Montag und Monnerstag, für den Kursus 2 Dienstag und Freitag von 19 bis 21 Uhr statt und umfaßt für die Dauer eines Kurses 40 Lehrstunden.

Gebührenzuschläge für Radioapparate

Im „Monitor-Polski" Nr. 237, Pos. 326, wurde eine Verordnung des Post- und Telegraphenministeriums veröffentlicht, wonach in der Zeit vom 1. November bis einschließlich zum 30. April nächsten Jahres, für jeden radiophonischen Empfänger ein monatlicher Zuschlag in Höhe von 30 Groschen erhoben wird. Zuschlagsfrei sind dagegen bis Ende d. J. die Empfänger, für die die normale Gebühr vor dem Inkrafttreten der Verordnung (1. November) entrichtet haben. y.

Gefängnisstrafen wegen schwerer Mißhandlung

Wegen schwerer Mißhandlung hatten sich 15 Angeklagte vor dem Landgericht Kattowitz zu verantworten, welche in Siemianowitz ansässig sind. Am 8. Juli drangen einige von ihnen in die Wohnung des Salo Desin und mißhandelten diesen sowie den Josef Introligator. Eine gewisse Amalie Wawroszcz, die aus dem Fenster heraussah, wurde durch einen Steinwurf verletzt. Angeklagte und Verteidigung hoben hervor, daß dem Zwischenfall arge Provokation durch andere Personen vorangegangen sei und gewisse Elemente sich eingemischt und die Mißhandlungen vorgenommen hätten. Das Gericht stützte sich auf verschiedene belastende Aussagen und verurteilte die Hälfte der Beklagten zu Gefängnisstrafen zu je drei Monaten. In den meisten Fällen wurde eine Bewährungsfrist zugebilligt. Die Verurteilten erhielten einen strengen Verweis. y.

Kattowitz und Umgebung

Es wird gespart.

Angesichts der schweren Zeit, wird überall zu sparen versucht, mitunter aber auch an der verkehrten Stelle. Auch unsere Stadtverwaltung will natürlich im Sparen nicht zurückbleiben. Sie berief deshalb an. vergangenen Sonnabend eine Sitzung nach dem Stadtverordnetensaal, zu der sämtliche Kultur- und Sportvereine von Groß-Kattowitz eingeladen waren, die städtische Schulen für ihre Uebungsstunden benutzen.

Um 12 Uhr eröffnete der Vizebürgermeister Studlarz die Sitzung, zu der auch Stadtrat Kowalczyk erschienen war. Er gab den Anwesenden bekannt, daß der Stadt enorme Kosten durch Vergebung der städtischen Schulräume, wie Stromverbrauch, Beheizung usw., entstehen und bat um Vorschläge, wie man hier sparen könnte. Sejmabgeordneter Brzeskot beklagte sich darüber, daß der Sokolverein, bei Vergebung von Klassenräumen seitens des Magistrats, benachteiligt wurde, und er sei der Meinung, daß hier keinerlei Ersparnisse gemacht werden könnten. Dieselbe Ansicht vertrat Direktor Stoinski.

Genosse Rochowiak wies auf einige unhaltbare Zustände in den Schulen hin, ferner darauf, daß der Magistrat die Schulräume an private Personen vermietet, welche dort teure Kurse veranstalten und die fetten Gewinne, auf Kosten der Allgemeinheit in die Tasche stecken. Herr Studlarz versprach, die Sache zu untersuchen und Abhilfe zu schaffen.

Schließlich einigte man sich dahin, daß in Zukunft weniger Lampen in den Schulklassen brennen sollen, die einzelnen Sportabende sollen auf einen Tag konzentriert werden, und auch die Beheizung wird eine Regelung erfahren. Für die Gesang- und andere Kulturvereine wird 3 Wochen später eine Sitzung einberufen, um ähnliche Entscheidungen herbeizuführen.

Die Anwesenden waren mit den Vorschlägen einverstanden. Herr Studlarz betonte nochmals die Notwendigkeit des Sparens, aber hob hervor, daß jeder Verein, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, bei der Vergebung von Räumen, Berücksichtigung findet. Nach zweistündiger Dauer fand die Sitzung ihr Ende. P

Feuer infolge Unvorsichtigkeit. Die städtische Berufsfeuerwehr wurde nach der ulica Dombrowskiego in Kattowitz alarmiert, wo in der Wohnung des Alfred Kraner Feuer ausbrach. Wie es heißt, soll das Feuer auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen sein. Es sollen glühende Kohlenstücke aus dem Ofen herausgefallen sein. Bald standen die in der Nähe befindlichen Möbelstücke in hellen Flammen. Das Feuer konnte in kurzer Zeit gelöscht werden. Der Brandschaden wird auf 1000 Zloty beziffert. r.

Eine stürmische Belegschaftsversammlung der Ferrumwerke. Um zu der allgemein wichtigen schlechten Witschaftslage, sowie verschiedenen Fabriksangelegenheiten Stellung zu nehmen, fand am Sonntag, vorm. im Saale der Werkskantine eine Belegschaftsversammlung statt, welche sehr stark besucht war. Der Vorsitzende des Betriebsrats Watzlawczyk eröffnete dieselbe, worauf nach Annahme der Tagesordnung und Protokollverlesung der letzten Versammlung in die Tagesordnung eingegangen wurde. Das Referat über die wirtschaftliche Lage, wurde vom Kollegen Watzlawczyk übernommen, welcher eingehend die kapitalistische Wirtschaft behandelte. Auf die hiesigen Industrieverhältnisse übergehend, gab er einen Ueberblick über die Lage in der Eisenindustrie, streifte die Verhältnisse in den Betrieben und die Belastung der Betriebe durch die Direktorengehälter. Der 6-Stundentag zur Behebung der Arbeitslosigkeit mit demselben Lohn, das sind unsere Forderungen. Die Endausführungen waren den Gewerkschaften gewidmet. Die Diskussion war anfangs sehr rege Ein Arbeiter verstand es, in längeren Ausführungen die Versammelten zu fesseln, wie man im allgemeinen dem Zusammenbruch entgegenzusteuern müßte, was mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Die weitere Diskussion, artete in eine Polemik gegen den Betriesrat, was schließlich in einer Belegschaftsversammlung nicht angebracht ist. Das war die Kulissenarbeit gegen den D. M. V., worauf ein Entrüstungssturm gegen die Aufwiegler einsetzte u. in der Aussprache scharf zurückgewiesen wurde. Zu Fabrikangelegenheiten wurde der Antrag, 2 Schichten für Erwerbslose zu opfern abgelehnt, da die Arbeiterschaft genug belastet ist, und jeder in seiner Familie Erwerbslose hat. Das Ueberstundenunwesen müsse beseitigt werden. Weiter sprach man über die diesjährige Kartoffelnbelieferung und die Sterbeunterstützungskasse, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Eichenau. (Eine große Enttäuschung bei den Arbeitslosen.) Wie wir bereits berichtet haben, wurde im Dom Ludowy eine Lesehalle für Arbeitslose errichtet. Bei der Einweihung wurden Wurstschnitten und Tee gegeben, was die Arbeitslosen sehr erfreute, denn es wurde versprochen, daß es zweimal in der Woche bei den Lesestunden Wurstschnitten geben wird. Als es zum zweitenmal diese Schnitten gab, so mußten die Arbeitslosen dieselben mit 15 Groschen bezahlen. So mancher von den Arbeitslosen hat nicht einmal die 15 Groschen gehabt und da mußte er sich mit dem Appetit begnügen. Merkwürdig ist es auch, daß man Kinder von Arbeitslosen nicht berücksichtigt. Eine Frau erschien mit zwei kleinen Kindern, so wurde ihr erklärt, daß es für Kinder nichts gibt und sie mußte ihre Kleinen, die sich auf eine Schnitte gefreut haben, rausführen. Aus diesem Grunde ist unter den Arbeitslosen eine unruhige Stimmung entstanden. Es wäre viel besser, wenn man derartige Manöver mit den Arbeitslosen nicht machen möchte, denn man wird die aus dem radikalen Lager nicht mehr herausbringen. Wie verlautet, sollen die Lesehallen nur dazu dienen, die Arbeitslosen vom Kommunismus fern zu halten *

Königshütte und Umgebung

Die Arbeitslage in der Königshütte und Werkstättenverwaltung.

Durch die Entziehung der Russenaufträge, hat sich, wie überall, die Arbeitslage in der Königshütte und Werkstättenverwaltung stark verschlechtert. In den Betrieben der Königshütte wurden erhebliche Einschränkungen vorgenommen und Feierschichten auf der ganzen Linie sind an der Tagesordnung. Von den vorhandenen 6 Martinöfen sind nur noch 2 im Betriebe, die den ganzen Bedarf decken. Und weil mit dem Eingang von weiteren Aufträgen, gerade in der Winterszeit, schlecht zu rechnen ist, sieht man der Zukunft mit größten Sorgen entgegen. Gerüchten nach, **sollen in den nächsten Wochen 1500 Arbeiter und 90 Angestellte zur Entlassung gelangen.** Um die vorhandenen geringen Aufträge zu strecken, trägt man sich an maßgebender Stelle mit dem Gedanken, die gesamte Hütte in der Zeit vom 20. Dezember bis zum 11. Januar nächsten Jahres stillzulegen. Würde dies eintreten, so würde sich der ausfallende Lohnanteil für die Belegschaft katastrophal auswirken.

Aehnlich gestaltet sich die Arbeitslage in den Betrieben der Werkstättenverwaltung. Der, sonst früher zum größten Teil, vollbeschäftigte Brückenbau, muß, um die vorhandenen Aufträge zu strecken, und Entlassungen zu vermeiden, Feierschichten einlegen. Trotz der Einlegung dieser Feierschichten und der daselbst vorhandenen Belegschaft von 650 Mann, müssen, auf Anordnung des Demobilmachungskommissars, 16 Mann der, zur Stillegung gelangten Hubertushütte, in der Brückenbauanstalt aufgenommen werden. Durch die Erteilung eines größeren Auftrages, gilt die Weichenfabrik als einer der bestbeschäftigten Betriebe und kann mit einer durchgehenden Arbeitszeit bis zum Ende Mai nächsten Jahres rechnen. Auf Grund dessen müssen, auf Anordnung von behördlicher Seite, 14 Mann, die einst nach Eintrachthütte überwiesen worden sind,

eingestellt werden, was gegenwärtig geschieht. Die Fedennschmiede mit ihrer geringen Belegschaft, ist gegenwärtig normal beschäftigt. Schlecht gestellt ist das Preßwerk, das nur noch zwei Tage in der Woche arbeitet und dadurch die geringen Aufträge in die Länge zieht. Der Arbeitervertretung ist, seitens der Verwaltung, bereits eine Liste zur Kündigung von 16 Mann zum 15. Dezember überreicht worden.

Katastrophal ist es um die Schmiedewerkstätten der Räderfabrik bestellt, die fast gar keine Aufträge besitzen. Auch hier sollen 60 Mann zur Entlassung gebracht, bezw. beurlaubt werden. Die Waggonfabrik, die bereits die ganze Belegschaft von 123 Mann beim Demobilmachungskommissar zur Entlassung angemeldet hat, hat die Kündigung gestern noch nicht ausgesprochen, nachdem verlautete, daß vom Eisenbahnministerium 40 Viehwaggons der Waggonfabrik in Auftrag gegeben werden. Wenn auch feststeht, daß der Auftrag vergeben wird, so hat offiziell die Verwaltung von der Bestellung keine Kenntnis. Hoffentlich wird die Benachrichtigung bald erfolgen, damit die Gesamtheit von der Bedrücktheit der Entlassungen befreit wird. m.

Deutsches Theater. Donnerstag, d. 19. Nov., wird das Drama „Dantons Tod", von Büchner aufgeführt. — Sonntag, den 29. November, findet ein Gastspiel von „Dela Lipinskaja" statt.

Nachklänge zum Straßenbahnerstreik. Infolge Lohndifferenzen, traten Anfang dieses Jahres Straßenbahner der oberschlesischen Kleinbahn in einen mehrtägigen Streik, bei dem es zu verschiedenen Unruhen kam, als etliche Kontrolleure einen Teilverkehr durchführen wollten. Man wollte dies verhindern, legte verschiedene Hindernisse auf die Schienen, wobei es zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen kam. Besondere Zwischenfälle spielten sich in Bismarckhütte ab, und diese Vorkommnisse waren gestern Gegenstand einer Verhandlung vor der Königshütter Strafkammer. Angeklagt waren die Straßenbahner Meinda, Gwodz, Albrecht und Schmatloch. Nach längerer Verhandlung wurden die Angeklagten zu je einem Monat Gefängnis verurteilt, mit einer Bewährungsfrist von 4 Jahren. Gegen dieses Urteil haben die Angeführten sofort Berufung angemeldet, so daß die Bestrafung unter Umständen in der Berufungsinstanz eine andere Wendung nehmen kann. m.

Siemianowitz

Vergebung der neuen Arbeiterwohnungen.

Die Gemeindeverwaltung gibt bekannt, unter welchen Bedingungen die Wohnungen in der neuen Arbeiter-Kolonie zu vermieten sind. Hiernach sind 158 Wohnungen zu je 30 Zloty und vier Läden zu je 70 Zloty zu vergeben. Die Küchen sind 16, die Stuben 22,5 und die Gärten zirka 80 Quadratmeter groß. Die Wohnungen sind vom 1. bis 15. Dezember beziehbar. Bewerber haben einen Antrag, welchem der Wohnungsnachweis beigefügt sein muß, bis spätestens den 21. November beim Gemeindeamt einzureichen. Desgleichen müssen bereits eingereichte Anträge durch den Wohnungsausweis vervollständigt werden. Verspätete, sowie unvollständige Bewerbungen werden nicht berücksichtigt. Den Vorzug erhalten Diejenigen, welche den Mietzins für eine bestimmte Zeit im voraus bezahlen. (?) Auswärtige Bewerber werden unter keinen Umständen berücksichtigt.

Aus der Arbeitslosen-Suppenküche. Im vergangenen Monat sind für 2090 Arbeitslose und Arme, von denen 1181 ohne jegliche Unterstützung sind, im Ganzen rund 37 200 Portionen Essen ausgegeben worden. Im Tagesdurchschnitt beträgt dies 1378 Portionen. Die Ausgaben hierfür betragen 6840 Zloty. Davon zahlte die Gemeinde 5961 Zloty, die Wojewodschaft 800 Zloty, und der Rest wurde für die ausgegebenen Bons eingenommen. Auch ist eine Besserung in der Zubereitung des Essens eingetreten. Bisher wurde zu der Tagesration 7,5 Kilogramm Schmalz gebraucht, während jetzt durch Beschluß der letzten Gemeindevertretersitzung das doppelte Quantum verwendet werden soll.

Myslowitz

Nach der Schaffensfreude die „Opferfreude". Bekanntlich findet am 9. Dezember in ganz Polen die angesagte Volkszählung statt. Vor einiger Zeit schrieb darüber der Krakauer „Kurier", daß bei dieser Volkszählung einige 10 000 Arbeitslose wenigstens für einige Tage Verdienstmöglichkeit haben werden. Nun heißt es plötzlich, daß diejenigen, die sich an dieser Volkszählung beteiligen, Verdienstmedaillen erhalten sollen, „für opferfreudige Arbeitsleistung". Ob diese bronzierten blechernen Brustbeschwerer bei den Arbeitslosen großen Anklang finden werden, ist sehr fraglich. In erster Instanz sollen mit den genannten Brustbeschwerern die Volkszählungskommissare für ihre Aufopferung geschmückt werden. Wir gratulieren im Voraus zu der Opferfreudigkeit. — In Rosdzin-Schoppinitz haben die für diese Opferfreude vorgesehenen Arbeitslosen nach Schuhen verlangt, um der Opferfreude genügen zu können.

Ein neuer Skandal in der Myslowitzer Baukasse. Die Myslowitzer Bau- und Sparkasse ist tatsächlich ein Pechunternehmen, besonders, wenn es sich um die Leiter der Kasse handelt. Der Begründer der Baukasse, Swienty, sitzt im Zuchthaus und dürfte dort noch mehrere Jahre zubringen. Sein Nachfolger, Pawelski, sitzt in der Untersuchungshaft und der Präses Muschiol wurde zwar vorläufig aus der Haft entlassen, aber bald dürften die beiden Herren vor den Richter treten, wo sie Rede und Antwort für ihre Taten stehen werden. Nach der Verhaftung der beiden Letztgenannten wurde ein neuer Vorstand, in den Personen der Herren Libera und Pakczyk gewählt. Diese beiden Herren haben die Baukasse nicht liquidiert, sondern unter den Mitgliedern eine Propaganda entfaltet und die Mitglieder dazu bewogen, neue Beiträge in Höhe von 50 Zloty einzuzahlen. Dafür haben sie ihnen eine Rotschildanleihe in Aussicht gestellt. Die Mitglieder glaubten an den Schwindel und haben neuerlich 16 000 Zloty eingezahlt, die wiederum als Verwaltungskosten verbraucht wurden. Die Behörden interessieren sich bereits für die neuen Schwindeleien und der Untersuchungsrichter hat die Vernehmungen eingeleitet. Unter den hereingelegten Mitgliedern, herrscht eine arge Aufregung, die in der Generalversammlung am vergangenen Sonntag zum Ausdruck kam. Die Versammlung nahm einen stürmischen Verlauf und schließlich wurde eine Kommission gewählt, die die Bau- und Sparkasse liquidieren wird. Das ist auch der einzigste Ausweg aus der Situation und die Revisionsbehörden werden gut tun, wenn sie während der Liquidation jeglichen Mißbrauch ausschalten.

Brzezinka. (Ein mutiges Mädchen.) Auf der Chaussee zwischen Brzezinka und Kostow versuchten drei bewaffnete Banditen das Fuhrwerk der Amalie Litner aus Krasow anzuhalten und die auf dem Wagen befindlichen Personen zu berauben. An dem kritischen Tage befanden sich außer dem 20jährigen Fuhrwerkslenker Wladislaus Guj die 18jährige Helene und die 19jährige Marie Litner am Wagen. Plötzlich tauchten die drei Täter vor dem jugendlichen **Kutscher auf**, und zwar sprangen sie aus dem nahen Graben heraus. Der Wagenlenker setzte die Fahrt in schnellem Tempo fort. Einer der Banditen versuchte, mit vorgehaltenem Revolver, auf den hinteren Teil des Fuhrwerks zu springen, wurde aber von der älteren Tochter an seinem weiteren Vorhaben gehindert. Das Mädchen schlug dem Räuber die Schußwaffe aus der Hand, so daß er eiligst die Flucht ergriff. Auch die anderen beiden Komplizen suchten das Weite, nachdem sie die Aussichtslosigkeit eines Raubüberfalls einsahen. Bei den Banditen handelt es sich um junge Leute. Weitere Untersuchungen in dieser Angelegenheit sind im Gange. x.

Schwere Strafe für versuchte Gefangenenbefreiung

Was ist Wahrheit?

Vor dem Landgericht Kattowitz wurde gegen Jan Grzegorczyk, dessen Schwester Gertrud und weitere zwei Mitangeklagte verhandelt. Den Geschwistern wurde versuchte Gefangenenbefreiung und den anderen Beklagten Mithilfe, bezw. Hervorrufung eines Menschenauflaufs auf der Straße, zur Last gelegt. Wie aus der Verhandlung hervorging, wurde der Bruder der beiden Erstangeklagten vor einigen Monaten von der Polizei arretiert. Die Geschwister kamen gerade in dem Moment hinzu, als ihr Bruder Emanuel auf der Erde lag, bezw. kniete. Sie wollten den Arretierten nach Haus schaffen, was die Polizei jedoch nicht zulassen konnte, da der Abtransport nach der Wache zu erfolgen hatte.

Es trat nun eine Reihe von Zeugen auf, welche sowohl belastend, als auch entlastend, für die Angeklagten aussagten. Die Entlastungszeugen schilderten, daß die Polizeibeamten

den Arrestanten nicht sehr menschlich behandelt

hätten, was allgemeine Empörung hervorgerufen habe. Einige der Umstehenden intervenierten, daß man dem Gefangenen die Hände nicht so arg über dem Rücken verdrehen solle. Eine Zeugin, die gleichfalls unter Eid vernommen wurde, erklärte, vom Fenster aus beobachtet zu haben, daß einer der Polizisten den, auf der Erde liegenden, Grzegorczyk einige Male, ohne Grund, mit dem Fuße hackte. Der Ehemann der Zeugin soll grundlos mehrfach ins Gesicht geschlagen worden sein. Diese Aussagen, wurden seitens des Gerichts, mit einem gewissen Bedenken entgegengenommen.

Es fanden sich auch Zeugen, die aussagten, daß gegen einen der Polizisten eine Flasche geschleudert wurde, welche an dessen Kopf zerschellte. Der Schutzmann mußte später nach dem Spital geschafft werden. Grzegorczyk Emanuel ergriff, als der Griff gelockert wurde, die Flucht. Er erhielt später

schwere Säbelhiebe über den Kopf und soll an den Folgen gestorben sein.

Nach Durchführung der Beweisaufnahme gewann das Gericht den Eindruck, daß der Polizei von der angesammelten Menschenmenge der Abtransport überaus erschwert worden sein muß. Jan Grzegorczyk, der die Flasche gegen den Polizisten geschleudert haben soll, erhielt 4 Monate Gefängnis, ein gewisser Andreas Gorny, wegen groben Unfugs, ruhestörenden Lärms, sowie Hervorrufen einer Menschenansammlung, 2 Wochen Arrest. Die Schwester des Jan Grzegorczyk hingegen und ein gewisser Maximilian Dziedzic, kamen frei. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt. y.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Achtung, Kurzarbeiter!

Wir bringen hier eine Tabelle der Kurzarbeiterunterstützung für alle Werke, die eine zweiwöchentliche Berechnung zur Zahlung haben. Berechnung 7,50 Zloty.

Verfahrene Schichten.

1—2 Tage steht zu 50 Prozent.
3—4 Tage steht zu 40 Prozent.

Gruppe	1		2		3		4	
Familienstand	ledig		1-2 Person. und 1 Kind		3—5 Personen		6 und darüber	
% pro Tag	30 2,25		35 2,62		40 3,00		50 3,75	
Verfahrene Sch. %	1—2 50	3—4 40	1—2 50	3—4 40	1—2 50	3—4 40	1—2 50	3—4 40
Betrag pro Tag	1,12	0,90	1,31	1,05	1,50	1,20	1,87	1,50
Betrag pro 14 Tage	15,68	12,60	18,34	14,70	21,00	16,80	26,18	21,00
11% fließen davon in die Krankenkasse	1,72	1,39	2,02	1,62	2,31	1,85	2,88	2,31
Auszahlungsbetrag	17,40	13,99	20,36	16,32	23,31	18,65	29,06	23,31

Nach dieser Tabelle ist jeder in der Lage, sich seine Unterstützung allein auszurechnen, wenn ihm etwas fehlen sollte, so hat er sofort zu reklamieren.

Bismarckhütte. (Schmierfinken.) Am 8. November d. Js., veranstaltete der Mieterschutz-Verein Hajduki Wielkie, eine Mieter-Protestversammlung. Zu dieser waren wie üblich, auch große Plakate zur Veröffentlichung im Orte an den öffentlichen Bekanntmachungssäulen ausgeklebt. Da solche Veröffentlichungen von jeher den Hausbesitzern ein Dorn im Auge sind, war ihnen auch diesmal dies etwas sehr unangenehmes. Einer von diesen Herrn (Wlasciciele) erbot sich sogar die Dreistigkeit, mit bezahlten Elementen an die Plakate zu gehen, diese durch abreißen und überstreichen der Referentennamen unleserlich zu machen. Aber dies genügte ihm noch nicht, denn an einem der Plakate und zwar an dem vor dem Versammlungslokal, schrieben die Schmierfinken: „Woly, w chlewach będziecie mieszkać" (Ochsen, in Stallungen werdet ihr wohnen). Zur Ergänzung wollen wir noch beifügen: Narrenhände, beschmutzen Bücher, Tisch und Wände. Aus Ehrgeiz und Ehrgefühl, wollen wir von einer öffentlichen Namennennung der Betreffenden Abstand nehmen, warnen aber jeden, vor solchen Verunstaltungen, da dies ein gerichtliches Nachspiel haben könnte. **Mehrere Mieter.**

Pleß und Umgebung

Kostuchna. (Opfer der Arbeit.) Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich auf Boerschächte in der Maschinenabteilung. Beim Ausladen von 4 Meter langen Rohren mit 200 mm Durchmesser, kam der Schmied Franz Cherbawski durch Fall unter ein Rohr zu liegen, wodurch er tödlich verunglückte. Der Bedauernswerte war 32 Jahre alt und hinterläßt Frau und 3 unversorgte Kinder.

Kreuzdorf-Borin. (Der kommissarische Schulverband.) Seit dem Jahre 1902 bestand in den Gemeinden Kreuzdorf und Borin ein evangelischer Schulverband, da die evangelischen Kinder der beiden Gemeinden eine Schule besuchten. Die Vorstandsmitglieder des Schulverbandes erfreuten sich unter der evangelischen Bevölkerung einer allgemeinen Beliebtheit. Dieser Vorstand ist aber den heutigen Machthabern nicht angenehm gewesen. Anscheinend wollten sich die Mitglieder nicht zur Sanacja bekennen. Da der Schulverband ein jedes Jahr einer neuen Bestätigung von seiten des Starosten bedarf, so wurden die Mitglieder im Jahre 1929 vom Starosten Jarosch in Pleß nicht bestätigt. Eine Neuwahl wurde nicht vorgenommen. Der Gemeindevorsteher von Kreuzdorf ernannte einen kommissarischen Vorstand im evangelischen Schulverband und so wirtschaften sie schon das dritte Jahr. Die Unzufriedenheit unter den evangelischen Erziehungsberechtigten wächst von Tag zu Tag. Die verlangen geordnete Verhältnisse. Die früheren Mitglieder Lipus Paul und Kania Johann sollen in den Schulverband wieder gewählt werden, denn sie haben viele Jahre zur vollen Zufriedenheit der evangelischen Erziehungsberechtigten gearbeitet. Hier ist wiederum ein Beweis, wie groß die Hetze von seiten der Sanacja gegenüber anders denkender Bevölkerung ist. Wer nicht in die Flöte der Sanacja bläst, ist sofort ein „German" und darf nirgends vertreten sein, denn sonst könnte er ein Unheil anrichten. Wie wir aber erfahren, sind die ausgeschlossenen Mitglieder aus dem evangelischen Schulvorstand keine Anhänger des Deutschtums. Sie pfiffen bloß nicht nach der Pfeife des sanatorischen Gemeindevorstehers Sbaniuschek und derselbe hat es erwirkt, daß eine neue Bestätigung nicht zustande kam. Wir wollen hoffen, daß in Kreuzdorf-Borin bald andere Verhältnisse eintreten und den Erziehungsberechtigten die Möglichkeit gegeben wird, durch eine freie Wahl ihre Vertreter in den Schulverband zu wählen, denn sonst müßten die Erziehungsberechtigten andere Schritte unternehmen, um zu ihrem Rechte zu gelangen. *

Mokrau. (Feuer im Dominium.) Am vergangenen Freitag brach in einem Wohnhaus des Mokrauer Dominiums, welches Eigentum der Giesche-Spolka ist, Feuer aus. Die Einwohner versuchten das Feuer mit Wasserkannen zu löschen, was ihnen jedoch nicht gelang und die Feuerwehren alarmiert werden mußten, die auch gleich am Brandort erschienen und das Feuer löschten. Die Ursachen des Brandes sind noch nicht festgestellt worden. Zu bemerken wäre, daß die Nikolaier Feuerwehr, nachdem sie eigene Gespanne hat, auf der Höhe ist und als erste am Tatort erschien, was früher, als private Gespanne den Dienst versahen, niemals der Fall war und die Nikolaier Feuerwehr sich so manche Blamage einstecken mußte. b.

Nikolai. (Eröffnung des Grzesikgeschäftes.) Nach einer fünfmonatigen Renovierungsarbeit des „Hotel Domu Polski", verwaltet durch die Spoldzielnia Budowy Domu Polskiego mit Karkoschka an der Spitze, der Tausende von Subventionsgeldern von der Wojewodschaft in dem Dom Polski verbaut hat, konnte dieses Haus seinem Zweck zugeführt werden. Vorige Woche wurde das Geschäft eröffnet. Die Eröffnung erfolgte in ganz bescheidenem Rahmen. Einladungen ergingen nur an bessere Spießbürger. Aber auch von denen erschien nur ein Teil zu dieser Feier, so daß dieselbe keinen großen Andrang aufwies. Es ist auch nicht zu zweifeln, daß diesem Geschäft dasselbe Schicksal zukommen wird, wie der Mannabäckerei in Grzesikowice, was wir Nikolaier Bürger gar nicht wünschen. Dieses Unternehmen wird einige Zeit bestehen können, solange noch Subventionen aus dem Staatssäckel zufließen werden. Von einer Rentabilität ist keine Rede und der Zusammenbruch ist unvermeidlich, denn das besorgt schon die Wirtschaftskrise, welche die weiten Volksschichten der Kaufkraft beraubt und dadurch das Handelswesen auf den toten Punkt gelangt ist. h.

Rybnik und Umgebung

45 Paar Schuhe und 5 Kilogramm Leder gestohlen.

1300 Zloty Schaden. — Täter sind flüchtig.

In der Nacht zum 16. d. Mts. wurde in das Schuhwarengeschäft des Kaufmanns Paul Kolodziej in Biertultau ein schwerer Einbruch verübt. Die Täter schlugen eine Schaufensterscheibe ein und gelangten auf diesem Wege in das Geschäftslokal. Gestohlen wurden 45 Paar Schuhe, sowie 5 Kilogramm Leder, im Gesamtwerte von 1300 Zloty. Es handelt sich um Kinder-, Damen- und Herrenschuhe. Den Einbrechern gelang es, unerkannt mit der Diebesbeute zu entkommen. Nach den Tätern wird polizeilicherseits gefahndet. k.

Josefow. (Aufgefundene Kindesleiche.) Von Straßenpassanten wurde in der Ortschaft Josefow, Gemeinde Wielopole, und zwar unter einer Scheune der Heilanstalt in Rybnik eine Kindesleiche aufgefunden. Das tote Kind war in einer sauberen weißen Windel und in 2 kleineren Tüchern eingehüllt. Die Polizei veranlaßte die sofortige Ueberführung in die nächste Leichenhalle. Weitere Untersuchungen sind im Gange, um die unnatürliche Mutter zu ermitteln. k.

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Revolution.

Von Bruno Schönlank.

Sag Prolet, sag Kamerad,
Wer hat die Macht im Staat?!
Nicht der Mann, der Kohlen hebt,
Nicht die Frau, die Tuche webt,
Nicht der Mann, der pflügt und sät,
Nicht der Mann, der Eisen dreht.
Ein paar hundert Mann
Sind stärker als ihr zusammen.
Sie halten euch in Zwang
Und höllischen Flammen.
Warum wiegt auf der Wage der Welt
Schwerer als eure Arbeit ihr Geld?!
Warum Prolet?
Darum Prolet,
Weil ihr im Kampf nicht zusammensteht.

Sag Prolet, sag Kamerad,
Wer lebt denn gut im Staat.
Nicht das Volk, das fiebernd schafft,
Aus sich preßt die letzte Kraft.
Nicht das Volk, das stempeln muß
Und verkommt trotz Ueberfluß.
Ein paar hundert Mann
Sind stärker als ihr zusammen.
Für sie schafft ihr Lust
Und für euch Verdammen.
Wie lange noch wiegt auf der Wage der Welt
Schwerer als eure Arbeit ihr Geld?!
Wie lang noch Prolet!?
So lang noch Prolet,
Bis ihr einig im Kampf zusammensteht!

Stadttheater Bielitz.

Mittwoch, den 18. d. M., abends 8 Uhr, im Abonnement, (Serie blau): „Die Quadratur des Kreises oder ein Strich geht durch das Zimmer“ ein Lustspiel mit Gesang und Tanz von Katajew.

Freitag, den 20. d. M., abends 8 Uhr, im Abonnement, (Serie rot): „Die Quadratur des Kreises oder ein Strich geht durch das Zimmer“, ein Lustspiel mit Gesang und Tanz von Katajew.

Samstag, den 21. d. M., nachm. 4 Uhr, eine Kindermärchenvorstellung: „Der Froschkönig“. Ein Märchenspiel von Robert Bürkner. Das reizende echt deutsche Märchen ist von weit über 100 Städten aufgeführt worden und hat überall das Entzücken der Kinder hervorgerufen.

Sonntag, den 22. d. M., nachm. 4 Uhr,: „Stöpsel“, Schwank von Arnold und Bach zu Nachmittagspreisen. Letzte Vorstellung.

Sonntag, den 22. d. M., abends 8 Uhr (außer Abonnement), zum erstenmal: „Der Puppenspieler“, hierauf „Liebelei“. Im nächsten Jahre sollte der 70. Geburtstag Artur Schnitzlers gefeiert werden. Nun ist eine Gedächtnisfeier für den toten Dichter daraus geworden. Der Abend wird eingeleitet durch eine Trauermusik von Mozart. Es folgt „Der Puppenspieler“, das Lieblingswerk Schnitzlers, dann sein populärstes Stück „Liebelei“. Es spielen Camilla Weber, Marianne Walla, Hansi Kurz, sowie die Herren Gruber, Reichert, Kayer, Schüller und Ziegler.

Abschiedsfeier an der Zennerbergschule. Der Lehrkörper der allgemeinen Knabenvolks- und Bürgerschule 1 in Bielitz am Zennerberg, veranstaltet am Samstag, den 21. November l. J. um 5 Uhr nachmittags in der Turnhalle der Anstalt eine schlichte Abschiedsfeier für die in den Ruhestand getretenen Kollegen Rudolf Bayer, Gustav Patrizi, Max Schaffer und Bol. Stahura. Zu dieser Feier werden alle ehemaligen Schüler, ihre Eltern, sowie alle sonstigen Freunde und Gönner der Anstalt herzlichst eingeladen.

Der Lehrkörper der Zennerbergschule.

Achtung Kaufleute! Kommenden Sonntag, den 22. d. Mts., veranstaltet der Verband der Kaufleute eine Exkursion in die Zuckerraffinerie Chybi. Die gemeinsame Abfahrt erfolgt um 12.22 Uhr von Bielsko und treffen sich alle, die teilnehmen wollen pünktlich um 12 Uhr mittags am Bahnhof. Anmeldungen zu dieser Exkursion wollen bis spätestens Mittwoch, den 18. d. M. im Verbandslokal erfolgen. Teilnehmen können Mitglieder aller Branchen. Gäste herzlich willkommen! Der Verband der Kaufleute v. Bielsko Stadt und Bezirk.

Batzdorf. Am Sonntag, den 15. d. M. fand im Gemeindegasthause eine von der D. S. A. P. und P. P. S. gemeinsam einberufene Versammlung statt. Der Sekretär Gen. Mendrzak eröffnete dieselbe um 4 Uhr nachmittags mit folgender Tagesordnung: 1. die politische und wirtschaftliche Lage und die Arbeitslosigkeit; 2. die Antikriegsbewegung. Als erster sprach der Gewerkschaftssekretär Gen. Zertka in polnischer Sprache über die gegenwärtige Lage und unterzog die heutigen Zustände einer Kritik. Als zweiter Redner sprach Parteisekretär Gen. Lukas in deutscher Sprache. Redner hebt besonders die Ursachen der heutigen Wirtschaftskrise hervor und nennt auch verschiedene Mittel, die geeignet wären, eine Linderung der Krise herbeizuführen. Die gegenwärtigen Machthaber greifen aber zu den entgegengesetzten Mitteln, durch welche die Krise noch mehr verschärft wird. Ein wirksames Mittel zur Belebung der Wirtschaft, wäre eine allgemeine Abrüstung des Militarismus. Die vielen Milliarden, welche heute der Militarismus aller Staaten verschlingt, würden der Wirtschaft wunderbare Dienste leisten und dadurch zur Linderung der Krise sehr viel beitragen. Aber auch auf diesem Gebiete wird nur immer weiter gerüstet und schwere Summen Steuergelder werden zur Anschaffung neuer Mordwerkzeuge und Erzeugung von Giftgasen verwendet. Wie leicht ein neuer Krieg ausbrechen kann beweisen die Vorkommnisse im Fernen Osten zwischen Japan und China. Trotz Völkerbund und Locarnopakt dringt Japan in fremdes Gebiet mit seinen Soldaten hinein. Ein richtiger Völkerbund, welcher wirklich in der Lage sein wird, Kriege zu verhindern, wird erst dann sein, wenn die Mehrzahl seiner Mitglieder aus Arbeitervertretern bestehen wird.

Ueber Arbeitslosenangelegenheiten sprach noch Gen. Mendrzak. Metallarbeitersekretär Gen. Wiesner geißelte in scharfen Worten das heutige Wirtschaftssystem, durch welches die Arbeiterklasse soviel Not und Elend erdulden muß. Alle Redner ernteten lebhaften Beifall. Zum Schlusse verlas Gen. Mendrzak eine Resolution, in welcher gegen die Kriegsrüstungen und Vorbereitungen zu neuen Kriegen protestiert wird. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach Dankesworten des Vorsitzenden wurde die Versammlung nach Absingung des Czerwony Sztandar um 6 Uhr abends geschlossen.

Ober-Kurzwald. Das vom Verein jugendlicher Arbeiter am Sonntag, den 15. November, im Gemeindegasthaus veranstaltete Herbstfest, fand unter ziemlich starker Beteiligung der Bewohner von Kurzwald statt. Zur Aufführung gelangten gesangliche und deklamatorische Vorträge, die unter Leitung des Chormeisters Herrn Mikler zum Vortrag gelangten. Was die einzelnen Gesangvorträge selbst anbelangt, so wäre den Jugendgenossinnen und -Genossen zu empfehlen, mehr auf die Taktzeichen zu achten, speziell im Deutschen, weil, trotz der teilweise fehlerhaften Aussprache, das ja zu entschuldigen ist, da die Mitglieder zweierlei Sprachen sprechen, durch die Takteinhaltung die Chöre viel schöner zum Vortrag kämen. Als gut vorgetragen wäre der polnische Chor „Za chlebem“ hervorzuheben, welcher gut gesungen wurde. Was die beiden Theaterstücke anbelangt, so können sie als gut gespielt betrachtet werden, nur die Rolle des Rechtsanwaltes hätte an einen anderen Spieler übergeben werden sollen, da für diesen Spieler, trotzdem er sein Bestes tun wollte, diese Rolle nicht geeignet war. Auch die Tochter Lolo, die als Tochter angesehener deutscher Eltern gelten sollte, müßte die deutsche Sprache fehlerlos beherrschen, damit ein Theaterstück auch den richtigen Effekt macht. Was die anderen Spieler und Spielerinnen anbelangt, so waren die Rollen gut verteilt. Jeder leistete das Beste. Trotz der Mängel die beim letzten Feste zu verzeichnen waren, sollen die Jugendgenossinnen und -Genossen den Mut nicht sinken lassen, sondern nur mutig vorwärts schauen und weiter kämpfen. Wenn sie diesem Mahnruf folgen, werden sie in kürzester Zeit sagen können, wir haben unser Ziel, den anderen Kulturvereinen nachzukommen erreicht. Nach Schluß der Vorträge kam auch die tanzlustige Jugend auf ihre Rechnung, die sich noch ein paar Stunden dem Tanzvergnügen widmen konnte. Trotz allem können die Jugendgenossen und -Genossinnen mit dem Verlauf des Festes zufrieden sein. Der Verein jugendlicher Arbeiter von Kurzwald erfreut sich der Sympathie der Bevölkerung. Das beweist der ziemlich gute Besuch, trotz der Krise und Arbeitslosigkeit, die ja auch Kurzwald nicht verschont hat. Darum Jugendgenossen und -Genossinnen aus Ober-Kurzwald, frisch ans Werk mit neuem Mut, damit Ihr beim nächsten Fest sagen könnt, wir schreiten vorwärts und nicht zurück.

f.



Staatssekretär von Bülow reist nach Paris

B. F. von Bülow, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, begibt sich am Sonntag nach Paris, um Deutschland im Völkerbundsrat zu vertreten. Im Vordergrund der Verhandlungen steht der chinesisch-japanische Konflikt.

Wie Sozialdemokraten die Arbeitslosigkeit bekämpfen

Daß die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft und eingeschränkt werden kann, beweist das große Arbeitsbeschaffungsprogramm der preußischen Staatsregierung. Preußen hat seit dem Umsturz einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und eine Koalitionsregierung, in der die wichtigsten Ministerien mit Sozialdemokraten besetzt sind. Es ist also begreiflich, daß man sich dort ernstlich bemüht, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Nach dem großen Programm, das die preußische Staatsregierung ausgearbeitet hat, wird es auch sicher gelingen, auf diesem Gebiet Erfolge zu erzielen.

Als erste Maßnahme wird von der preußischen Regierung der Reichsregierung der Vorschlag unterbreitet, für einzelne Wirtschaftsgebiete die Arbeitszeit allgemein herabzusetzen. Des weiteren soll durch ein Gesetz bestimmt werden, daß kein Betrieb die Belegschaft vermindern darf, solange die Arbeitszeit dieser Belegschaft nicht auf höchstens 40 Stunden in der Woche oder auf die 5-Tage-Woche herabgesetzt ist. Ueber den Erfolg einer solchen Maßnahme wird gegenwärtig in Deutschland sehr viel diskutiert. Aber jedenfalls zeigt es sich, daß man draußen sich ganz andere Gedanken um das ernsteste Problem der Wirtschaftskrise macht, als etwa in Oesterreich des Antimarxismus.

Das preußische Staatsministerium einigte sich ferner auf die Verlängerung der Schulpflicht um ein Jahr. Man rechnet damit, daß in Deutschland zu Ostern jedes Jahr mindestens 250 000 Jugendliche in Industrie und Handel Beschäftigung suchen, die durch Verlängerung der Schulzeit ein ganzes Jahr lang vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden könnten.

Wie in Oesterreich arbeitet auch in Deutschland der Großgrundbesitz mit ausländischen billigen Wanderarbeitern, den sogenannten Sachsengängern. Die inländischen Landarbeiter werden dadurch aus der Landwirtschaft verdrängt, was den Agrariern Gelegenheit gibt, über die Landflucht ihrer einheimischen Arbeiter zu klagen. Die preußische Staatsregierung schlägt nun vor, daß für die deutsche Landwirtschaft keine ausländischen Wanderarbeiter zugelassen werden dürfen und sie berechnet, daß damit 110 000 Arbeitsplätze für reichsdeutsche Arbeitslose frei werden.

Gleichzeitig hat die preußische Staatsregierung ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgearbeitet und der Reichsregierung vorgelegt. Dieses Programm befaßt sich nur mit landwirtschaftlichen Entwässerungsarbeiten (Meliorationen). Es sollen Sümpfe und Moore von mehr als drei Millionen Hektar in fruchtbares Ackerland verwandelt werden. Dieses Arbeitsprogramm, auf drei Jahre verteilt, würde einen jährlichen Aufwand von 135 Millionen Mark erfordern. 78 000 Arbeiter könnten dabei Beschäftigung finden, da 70 Prozent der ganzen Kostensumme bei solchen Arbeitern auf Arbeitslöhne entfallen.

Es gibt also auch im Kapitalismus Mittel, die Arbeitslosigkeit anders zu bekämpfen, als durch den Entzug der Arbeitslosenunterstützung.

j. m.

Der Spatz auf der Straße.

Im Sommer galt er nicht viel, der Spatz. Als wir bessere Vogeltiere bei uns hatten. Aber im Herbst und im Winter, dann wird er uns wieder der Freund. Dann möchten wir ihn im Straßenbilde nicht missen. Wird er aber auch immer dieser Freund bleiben? Immer mehr nimmt der Autoverkehr zu. Und der ist der Feind des Spatzen. Nicht nur wegen der bequemen Ernährung, die der Pferdeverkehr dem Spatz auf der Straße bietet. Der Spatz kann auch die Ausdünstungen der Autos nicht recht vertragen, und darum wandert er aus, wenn die Technik auf seine Wünsche und Bedürfnisse keine Rücksicht nimmt. „Die paar Autos“, die „wir“ in Deutschland besitzen, läßt sich der Spatz zwar noch gefallen. Aber in Amerika ist es anders. Da stellt das Auto das allgemeine Volksverkehrsmittel dar. Und das wird den Spatzen allmählich zu viel. A. H. Clark, der Biologe am Amerikanischen Nationalmuseum, teilt jetzt mit, daß der Spatz in den Städten der östlichen amerikanischen Staaten bereits wesentlich zurückgegangen ist. Auch aus den englischen Großstädten kam vor einiger Zeit die gleiche Kunde. Der Spatz scheint zu streiken. Es gefällt ihm nicht mehr in den autodurchsetzten Städten. Er wandert aus. Er hat es ja gar nicht nötig, sich in stinkigen Straßen aufzuhalten. Auch frischfrohfrechen Straßenspatzen wird einst nichts mehr bleiben als das Märchen, das wir unseren Enkeln von ihm erzählen werden: „Es war einmal . . .“

Wo die Pflicht ruft!“

Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeiter Bielitz.

Mittwoch, den 18. November, um 7 Uhr abends: Vorstandssitzung im kl. Saal.

Donnerstag, den 19. November, um 7 Uhr abends: Volkstanzprobe.

Freitag, den 20. November, um 8 Uhr abends: Theatergemeinschaft.

Samstag, den 21. November, um 6 Uhr abends: Theaterprobe

Sonntag, den 22. November, um 5 Uhr abends: Gesellige Zusammenkunft.

Die Vereinsleitung.

Alexanderfeld. (Naturfreunde.) Am Mittwoch, den 18. November 1931 findet um 8 Uhr abends im Arbeiterheim Alexanderfeld die fällige Vorstandssitzung statt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert bestimmtes und pünktliches Erscheinen aller Vorstandsmitglieder.

Verein jugendlicher Arbeiter Alexanderfeld. Obiger Verein veranstaltet am Samstag, den 21. November 1931, in den Lokalitäten zum Patrioten in Alexanderfeld, ein Herbstvergnügen, zu welchem alle Genossen, Freunde und Sympathiker der Jugend eingeladen werden. Das Programm sieht vor: Gemischte Chöre, Doppelquartette und ein Volksstück in 3 Akten: „Nächstenliebe und Menschenpflicht“. Eintritt im Vorverkauf 1.20 Zloty, an der Kasse 1.50 Zloty; Arbeitslose 50 Groschen.

Der Verein jugendlicher Arbeiter in Kamienica veranstaltet am Samstag, den 21. November l. Js., um 7 Uhr abends im Gemeindegasthaus einen Familienabend, verbunden mit ernsten und heiteren Gesangsvorträgen. Nach Schluß der Vorträge Tanz. Eintritt 1 Zloty pro Person. Um zahlreichen Zuspruch bittet Die Vereinsleitung.

Verein jugendl. Arbeiter und der T. U. R. in Lipnik. (Einladung.) Am Sonntag, den 29. November 1931 veranstalten die Jugendvereine von Lipnik, um 6 Uhr abends, im Gasthaus des Herrn Englert in Lipnik eine Trauer-Akademie, unter Mitwirkung des Arbeitergesangvereines „Freiheit“ zu Ehren des verstorbenen Genossen Georg Feikes. Zum Vortrage gelangen Gesang-, Musik- und Einzelvorträge sowie Theaterstücke. Entree freie Spende. Die Genossinnen und Genossen werden zu dieser Akademie herzlichst eingeladen.

Chamberlain über Rückkehr Englands zum Goldstandard

London. Ueber die Rückkehr Englands zum Goldstandard äußerte sich der Schatzkanzler Neville Chamberlain im Unterhaus dahin, daß eine Reihe von Bedingungen erfüllt sein müßte, ehe die Stabilisierung des Pfundes auf einer Goldbasis in Erwägung gezogen werden könne. Die Regierung wolle zunächst einmal den Staatshaushalt ausgleichen, die passive Handelsbilanz verbessern und die Kaufkraft des Pfundes aufrecht erhalten. Nach Ansicht der Regierung habe es keinen Zweck, eine internationale Silberkonferenz einzuberufen.

Die Ratstagung über den Fernostenkonflikt

Noch keine Fortschritte.

Paris. Die einzelnen Abordnungen des Völkerbundsrates waren am Dienstag weiter bemüht, eine für China und Japan annehmbare Verständigungsgrundlage zu finden. Zwischen Briand, Simon und Dawes einerseits und den Hauptvertretern Japans und Chinas andererseits fanden getrennte Verhandlungen statt. In der darauffolgenden Geheimsitzung, an der Yoshisowa und Dr. Sze nicht teilnahmen, berichteten die oben genannten drei Hauptvermittler über den Stand der Besprechungen. Wie verlautet, sind merkliche Fortschritte bisher nicht erzielt worden. Die Einzelberatungen sollen am Mittwoch fortgesetzt werden, da noch ergänzende Auskünfte gewünscht werden.

Vorläufig Einstellung der Kämpfe in der Mandschurei?

Moskau. Nach einer amtlichen russischen Meldung aus Charbin hat General Maa von der Nankingregierung den Befehl erhalten, die Kämpfe vorläufig einzustellen. Die militärischen Operationen sollen erst wieder beginnen, wenn es dem Völkerbundsrat nicht gelingen sollte, den japanisch-chinesischen Konflikt beizulegen.

Die Domenteignung vom lettländischen Parlament bestätigt

Riga. In der Dienstag-Sitzung des lettländischen Parlaments stellte der deutsche Fraktionsführer Dr. Schiemann den Antrag, die Notverordnung der lettländischen Regierung über die Umgestaltung des Rigaer Domes abzulehnen. Abg. Dr. Schiemann wies dabei auf das schwere Unrecht hin, das der deutschen Minderheit in Lettland durch die Domverordnung zugefügt worden sei. Trotzdem wurde die Domnotverordnung der lettländischen Regierung mit 75 gegen 15 Stimmen der Minderheiten an die Ausschüsse überwiesen. Damit ist die Notverordnung bestätigt, die durch Umgestaltung der Kirchenverwaltung in Wirklichkeit eine Enteignung der bisher deutschen Domkirche bedeutet. Bekanntlich muß die Domkirche bis zum 31. Dezember der neuen Kirchenverwaltung übergeben sein.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Donnerstag. 12,35: Symphoniekonzert. 14,55: Schallplatten. 16,20: Französisch. 16,40: Schallplatten. 17,35: Unterhaltungskonzert. 20,15: Leichte Musik. 22,30: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Donnerstag. 12,35: Schulfunk. 14,45: Schallplatten. 15,25: Vorträge. 15,50: Kinderstunde. 16,20: Vorträge. 17,35: Nachmittagskonzert. 18,50: Vorträge. 20,15: Leichte Musik. 21,55: Vortrag. 22,25: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 252. Breslau Welle 325.

11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse.
11,35: 1. Schallplattenkonzert und Reklamedienst.
12,35: Wetter.
15,20: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.
12,55: Zeitzeichen.
13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse.
13,50: Zweites Schallplattenkonzert.

Donnerstag, 19. November. 6,30: Funkgymnastik. 6,45: Schallplattenkonzert. 9,10: Schulfunk. 12,10: Was der Landwirt wissen muß! 15,25: Kinderfunk. 15,50: Das Buch des Tages. 16,05: Unterhaltungskonzert. 17,15: Landw Preisbericht; anschl.: Querschnitt durch den oberschl. Sport. 17,45: Die hl. Elisabeth und die Not unserer Zeit. 18,10: Kann Deutschland auf eine gesunde Sozialpolitik verzichten? 18,30: Kann eine moderne Kunstbetrachtung die Hegelschen Grundbegriffe entbehren? 19: Wetter; anschl.: Die Schallplatte des Monats. 20: Hegels Bedeutung für die kath. Religions-Philosophie. 20,30: Aus Köln: Das Hörspiel von der hl. Elisabeth. 22: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22,25: Schlesischer Verkehrsverband. 22,40: Tanzmusik. 0,30: Funkstille.

Versammlungskalender

Achtung, Freie Gewerkschaften!

Königshütte. Am Donnerstag, den 19. November 1931, abends 7 Uhr, findet im großen Saale des Volkshauses, gemeinsam mit dem Bund für Arbeiterbildung, eine Versammlung für die Mitglieder der freien Gewerkschaften statt. Wir ersuchen alle unsere Kollegen, mit ihren Frauen zu diesem Vortrag recht zahlreich zu erscheinen. Ortsausschuß.

Arbeitsgemeinschaft für Arbeiterwohlfahrt.

Kattowitz. (Frauenversammlung.) Am Sonnabend, den 21. November, abends 7½ Uhr, findet im Saal des Zentralhotels eine Versammlung über „Hygiene und Diäthetik der Frau" statt, zu der alle Genossinnen und Genossen, Interessenten und Freunde unserer Bewegung freundlichst eingeladen sind. Referent: **Dr. Teibels-Königshütte.**

Konferenz der deutschen freien Gewerkschaften.

Sonntag, den 22. November 1931, vormittags 9 Uhr, berufen die deutschen Freien Gewerkschaften ihre Betriebsräte und Funktionäre zu einer außergewöhnlichen Konferenz nach dem Hotel „Graf Reden" Krolewska-Huta, ulica Katowicka ein. Zur Besprechung gelangen Gegenwartsaufgaben und Organisationsfragen.

Alle Betriebsräte der deutschen freien Gewerkschaften, wie Funktionäre werden hiermit zu dieser Konfeenz eingeladen. Eintritt zur Konferenz wird nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet.

Achtung, Metallarbeiter!

Königshütte. Am Donnerstag, den 19. November, abends 7 Uhr, findet im großen Saale des Volkshauses eine Mitgliederversammlung, gemeinsam mit dem Bund für Arbeiterbildung statt. Als Referent erscheint Kollege Nowak des A. D. G. B. Die Mitglieder werden ersucht, mit ihren Frauen recht zahlreich zu erscheinen. Ortsverwaltung.

Nikolai. Sonnabend, den 21. November, nachm. 6 Uhr, Mitgliederversammlung bei Borzucki. Referent: Kollege Buchwald.

Bergbauindustriearbeiterversammlungen

Am Sonntag, den 22. November, nachm. 2 Uhr, findet im Lokale Mucha, Ober-Lazisk, eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Prinzengrube statt.

Anschließend um 4 Uhr nachm., findet eine Frauenversammlung in demselben Lokale statt, zu der alle Frauen der Partei, sowie der Gewerkschaften, eingeladen werden. Als Referent erscheinen die Genossen Kowoll und Kam. Nietsch.

Neudorf. Vorm. 9½ Uhr, bei Goretzki. Referent zur Stelle.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Mittwoch: Diskussionsabend.
Donnerstag: Heiterer Rezitationsabend.
Freitag: Singabend ab 20.30 Uhr.
Sonntag: Heimabend.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Mittwoch, den 18. November: Sprechchorprobe für 22.
Donnerstag, den 19. November: Vortrag B. f. Arb.-Bildung.
Freitag, den 20. November: Sprechchorprobe für 22.
Sonnabend, den 21. November: Sprechchorprobe für 22.
Sonntag, den 22. November: Vormittags 9 Uhr Jugendversammlung, nachmittags Heimabend.

D. S. J. P. Myslowitz.

Mittwoch, den 18. November: Musikprobe.
Sonnabend, den 21. November: Vortrag.
Montag, den 23. November: Brettspiele.
Mittwoch, den 25. November: Musikprobe.
Sonnabend, den 28. November: Diskussionsabend.
Sonntag, den 22. November, um 2 Uhr nachm., findet im Vereinszimmer eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, zu der ein Genosse aus Königshütte als Referent erscheinen soll.
Montag, den 30. November: Gesellschaftsspiele.
Jeder Abend findet pünktlich um 6 Uhr statt!

Freie Sänger.

Siemianowitz. Da die nächsten Proben äußerst wichtig sind, ist vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig.

Kattowitz. (Knappschaftsältestenkonferenz.) Am Sonntag, den 22. November, vorm. 9½ Uhr, findet in der Strzecha Gornicza, Katowice, eine Konferenz der Knappschaftsältesten statt. Tagesordnung: Wahl des neuen Vorstandes der Knappschaftsältesten.

Bismarckhütte-Schwientochlowitz. (Ortsausschuß.) Am Donnerstag, den 19. November, abends 6 Uhr, findet im Metallarbeiterbüro eine Vollsitzung des Ortsausschusses Bismarckhütte-Schwientochlowitz statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung werden alle Delegierten gebeten zu derselben pünktlich zu erscheinen.

Königshütte. (Ortsausschuß.) Am Freitag, den 20. November, nachmittags 7 Uhr, findet im Volkshaus, ulica 3-go Maja 6, eine Ortsausschußvorstandssitzung statt. Das Erscheinen eines jeden Ortsausschußvorstandsmitgliedes ist Pflicht.

Königshütte. (Freie Gewerkschaften.) Am Sonntag, den 22. November 1931, vormittags 9 Uhr, findet im großen Saale des Volkshauses, Krol.-Huta, ulica 3-go Maja 5, eine Jugendversammlung verbunden mit einer Morgenfeier statt. Als Referent erscheint Sejmabgeordneter Gen. Kowoll. Alle Gewerkschaftskollegen und Parteigenossen bitten wir, die Jugend zu dieser Versammlung zu schicken. Außerdem laden wir alle freigewerkschaftlich organisierten Eltern zu dieser Versammlung als Gäste ein. Der Ortsausschuß.

Königshütte. (Jugendgenossen, -genossinnen und Gewerkschaftsjugend.) Am Sonntag, den 22. November 1931, vormittags 9 Uhr, findet im großen Saale des Volkshauses, Krol.-Huta, ulica 3-go Maja 6, eine Jugendagitationsversammlung, verbunden mit einer Morgenfeier, statt. Als Referent erscheint Sejmabgeordneter Genosse Kowoll. Alle Jugendgenossen bitten wir, zu dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen und auch die Freunde mitzubringen. Die Jugendgenossen von Bismarckhütte und Schwientochlowitz laden wir zu dieser Versammlung herzlichst ein.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

An alle Mitglieder der freien Gewerkschaften, D. S. A. P. und Kulturvereine von Königshütte und Umgegend!

Am Donnerstag, den 19. November, abends um 7 Uhr, findet im Volkshaussaal eine große Versammlung statt, zu welcher alle Freie Gewerkschafts-, Partei- und Kulturvereinsmitglieder eingeladen sind.

Als Referent ist der Bezirksleiter des A. D. G. B., Kollege Nowak-Gleiwitz gewonnen worden.

Es wird gebeten, alle, auf diesen Tag festgesetzten, Veranstaltungen zurückzuziehen, um die Versammlung nicht zu beeinträchtigen.

Mitteilungen der Zentralbibliothek des B. f. Arb.-Bildung. Ein Teil der Ortsgruppenbibliotheken des B. f. Arb.-Bildung hat der erstmaligen Aufforderung, alle Bücher, die vor dem 1. Juli d. Js. entliehen worden sind, abzuliefern, keine Folge geleistet. Wir ersuchen nochmals um sofortige Rückgabe der Bücher, sowie Beibringung der Statistik.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Theodor Raiwa, Mała Dąbrówka. Verlag und Druck „VITA", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.